

1 **Demokratieerklärung erhalten.**

2
3 *Beschlossen zur Weiterleitung an den Bundeskongress der Jusos und den*
4 *Landesparteitag der SPD Hamburg.*

5 6 **Forderung:**

7
8 Wir fordern den vollständigen Erhalt der Demokratieerklärung sowie die Ausweitung
9 auf sämtliche weitere Fördermittel des Bundes.

10 11 **Begründung:**

12
13 Der zivilgesellschaftliche Einsatz gegen Rechtsextremismus und für eine weltoffene.
14 Tolerante Gesellschaft ist eine wichtige Aufgabe, die völlig zu Recht von der
15 Bundesrepublik mit mehreren Programmen gefördert wird. Seit 2011 müssen Initiativen,
16 die Fördergelder aus den Bundesförderprogrammen „Toleranz fördern – Kompetenz
17 stärken“, „Initiative Demokratie stärken“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ erhalten
18 eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich zur freiheitlich-demokratischen
19 Grundordnung bekennen. Seit 2012 lautet die Erklärung:



20
21 *"Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zu der freiheitlichen demokratischen*
22 *Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen*
23 *des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten. Wir werden keine Personen*
24 *oder Organisationen mit der inhaltlichen Mitwirkung an der Durchführung des*
25 *Projekts beauftragen, von denen uns bekannt ist oder bei denen wir damit*
26 *rechnen, dass sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung*
27 *betätigen."*

28
29 Bundesfamilienministerin Schwesig hat nun angekündigt, diese, häufig auch
30 Extremismusklausel genannte, Erklärung abschaffen zu wollen. Wir halten das für
31 falsch. Es ist nicht zu viel verlangt, dass sich Initiativen und Träger die Geld vom Staat
32 erhalten sich auch zu dessen Grundordnung bekennen und dafür Sorge tragen, dass sie
33 nicht mit Organisationen zusammen arbeiten, die das Grundgesetz in Frage stellen.

34
35 Uns geht es nicht darum, linke Initiativen, die unterstützenswerte Projekte für eine
36 tolerante Gesellschaft unter einen Generalverdacht zu stellen. Für uns ist es vielmehr
37 eine Selbstverständlichkeit, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht wertvolle
38 Fördergelder in verfassungsfeindliche Organisationen steckt und auch sicherstellt, dass
39 diese nicht an geförderten Projekten mitarbeiten. Wir begrüßen die Abänderung der
40 Demokratieerklärung durch das Familienministerium im Jahr 2012 weg von einem
41 schwammigen Extremismusbegriff, hin zu einem schlichten Bekenntnis zur freiheitlich-
42 demokratischen Grundordnung.

43
44 Die Beschwerden mancher Initiativen mit dem Hinweis, sie hätten 10% ihrer
45 Ehrenamtlichen durch die Demokratieerklärung verloren erfüllt uns nicht mit Sorge.
46 Wer sich weigert, sich zum Grundgesetz zu bekennen, hat in unseren Augen auch
47 keinen Anspruch auf Fördergelder.

48



49 Die Bestrebungen, die Demokratieerklärung abzuschaffen, erfüllen uns mit
50 Unterverständnis.